

DEUTSCHE POLITIK

ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM SOMMER 1963

Nach vier Jahren eines oft qualvollen Hin- und Herzerrens hat die CDU/CSU-Fraktion unter dem Druck der immer beängstigender werdenden Stimmungsberichte aus dem Land sich am 23. April ziemlich überraschend und gegen den Willen des Bundeskanzlers entschlossen, Prof. *Ludwig Erhard* als Kandidaten für *Adenauers* Nachfolge zu benennen. Dabei votierten immerhin 30 vH der Abstimmenden nicht für ihn; sie stimmten entweder gegen ihn oder enthielten sich der Stimme. Diese ablehnende Minderheit fällt um so stärker ins Gewicht, als es keinen Gegenkandidaten gab und Fraktionsvorsitzender *von Brentano* vor der Abstimmung an seine Parteifreunde appelliert hatte, ein möglichst großes Maß an Einmütigkeit nach außen hin zu demonstrieren. Die Bedenken, die Außenminister *Schröder* gegen „Verfahren und Zeitpunkt der Nominierung“ des Kanzlerkandidaten vorbrachte, haben sich in der Zwischenzeit bereits als begründet erwiesen: die Nominierung sechs Monate vor dem Amtswechsel hat weder dem Ansehen *Adenauers* noch dem *Erhards* genützt, wie zum Beispiel ihre Rolle bei dem Besuch *Kennedys* gezeigt hat.

Landtagswahl in Niedersachsen

Erhards Benennung hat allenfalls den katastrophalen Popularitätsschwund abgebremst, den die CDU zu ertragen hatte und der sie vor allem im Angesicht der Landtagswahlen in Niedersachsen mit großer Sorge erfüllte. Als sie es am 19. Mai bei der Landtagswahl auf 37,7 vH der Stimmen brachte, war die Erleichterung groß, und *Erhard* schrieb sich wohl nicht zu Unrecht diesen Erfolg zu. Bei näherer Betrachtung zeigte sich freilich, daß zum Jubel nicht allzu viel Anlaß war, und skeptische Betrachter in den eigenen Reihen, wie der *Baron zu Guttenberg*, haben denn auch darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse in Niedersachsen nicht typisch für das gesamte Bundesgebiet seien. In Niedersachsen hatte sich der größte Teil der Deutschen Partei, die vier Jahre zuvor bei der Landtagswahl noch 425 000 Stimmen = 12,4 vH bekommen hatte, nach der kurzen, mißglückten Verbindung mit dem BHE der CDU zugewandt, von 20 Abgeordneten im Landtag nicht weniger als 18. Von den so auf 69 erhöhten Landtagsmandaten holte die CDU am 19. Mai 1963 aber nur 62 zurück. Wieder ein-

mal hat sich der alte politische Erfahrungssatz bewährt, daß eine Parteienfusion keine reine Addition ist. Im vorliegenden Fall ergaben fünf plus zwei ziemlich *genau* sechs und nicht sieben. Von den 43,2 vH, die die CDU auf Grund der Landtagsergebnisse von 1959 jetzt, nach der Verschmelzung mit der Deutschen Partei, hätte haben müssen, fehlten am Abend des 19. Mai 5,5 vH, das sind fast 200 000 Stimmen. Selbst wenn man die knapp 100 000 Stimmen davon abzieht, welche auf die neugegründete und wegen Nichterreichung des Fünf-Prozent-Minimums im Landtag unberücksichtigt gebliebene Deutsche Partei entfallen sind, so bleibt das Ergebnis für die CDU Niedersachsens unbefriedigend, denn es ist auf der anderen Seite ja auch zu berücksichtigen, daß ihr aus dem Zusammenbruch des BHE und der Deutschen Reichspartei eine Anzahl Stimmen zugeflossen sein müssen.

Fast absolute Mehrheit für SPD

Vor allem hat sich die alte Spekulation der CDU nicht verwirklicht, durch Fusion mit der Deutschen Partei die größte Partei des Landes zu werden. Es hat, entgegen den ersten Meldungen aus den ländlichen Gebieten, kein Kopf-an-Kopf-Rennen gegeben. Der Abstand zur führenden SPD hat sich kaum verringert; er beträgt eine gute Viertelmillion Stimmen oder 7,2 vH, da die Sozialdemokraten gegenüber 1959 ebenfalls beträchtlich angezogen haben (um mehr als eine Viertelmillion = 5,4 vH). Die SPD hat ihr bestes Ergebnis in Niedersachsen seit 1945 erzielt, und ihr fehlen diesmal nur noch zwei Sitze an der absoluten Mehrheit. Eine eingehende Analyse läßt erkennen, daß nicht nur der größte Teil der Neuwähler sich für die Sozialdemokraten entschieden hat, sondern daß auch zwischen 70 000 und 100 000 niedersächsischen Stammwähler von 1959 von der CDU zur SPD und FDP übergewechselt sein müssen. Dabei ist es für die niedersächsische CDU besonders schmerzlich, daß ihr Landesvorsitzender *Otto Fricke* in der Direktwahl von einem bisher unbekanntem sozialdemokratischen Namensvetter geschlagen worden ist. Auch ist nicht zu übersehen, daß die CDU seit der Bundestagswahl 185 000 Stimmen verloren, die SPD aber 82 000 Stimmen gewonnen hat.

Die Niedersachsenwahl hat schließlich die Tendenz der Konzentration auf drei Parteien bestätigt. Die FDP, die 1959 fast an der Fünf-Prozent-Grenze angelangt war, hat sich auf 8,8 vH erholt und ihre Mandatszahl von acht auf vierzehn erhöht. Ihren Höchststand von der Bundestagswahl (519 000 Stimmen = 13,2 vH) hat sie freilich längst nicht mehr erreichen können. Die übrigen sechs Parteien und Gruppen aber, die Kandidaten aufgestellt hatten, haben zusammen nicht

einmal soviel Stimmen erreicht wie die Freien Demokraten, und keiner von ihnen gelang der Sprung in den Landtag.

Eine SPD/FDP-Regierung

Trotz des eindeutigen Vertrauensvotums, das die Landtagswahl den Sozialdemokraten als führender Regierungspartei gebracht hatte, versuchte die CDU, die Freien Demokraten zu einer Koalition mit ihr zu bewegen. Den FDP-Leuten war jedoch die Basis einer solchen Koalition, die bei einer knappen Mehrheit von drei Landtagssitzen allen Zufälligkeiten ausgesetzt gewesen wäre, zu schmal, und sie zogen daher eine Koalition mit den Sozialdemokraten vor, die über eine sichere Mehrheit von 25 Mandaten verfügt. Die Freien Demokraten verzichteten dabei sogar schließlich auf das ursprünglich beanspruchte Landwirtschaftsministerium, das die Sozialdemokraten nicht herauszugeben bereit waren, nachdem ihnen dank der hervorragenden Arbeit ihres Parteifreundes *Kübel* auf diesem Posten ein Einbruch in die bäuerliche Bevölkerung gelungen war. Jedoch erhielt die FDP nicht weniger als vier Ministerposten, unter ihnen das Wirtschafts- und das Kultusministerium. Die in keinem Verhältnis zu ihrer Stärke stehenden Erfolge der Freien Demokraten bei den Regierungsbildungen in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, die sie der Tatsache verdanken, daß keine der beiden großen Parteien ohne sie eine Regierung bilden konnte, haben vor allem bei der CDU, in geringerem Maße auch bei der SPD zur Wiederbelebung der Erörterungen über die Zweckmäßigkeit der Mehrheitswahl mit dem Ziel einer weitgehenden Ausschaltung der FDP geführt. Besonders bei der SPD aber ist man skeptisch. Außer der traditionell bedingten grundsätzlichen Abneigung der älteren SPD-Anhänger gegen die Mehrheitswahl spielt vor allem die Tatsache eine Rolle, daß die Ausgangsposition für beide Parteien nicht gleich, sondern für die CDU/CSU günstiger ist als für die SPD, u. a. weil die zahlenmäßig kleinen ländlichen Wahlkreise vorwiegend Domänen der CDU/CSU sind. Bei der Bundestagswahl 1961 hatte die CDU/CSU bei einem Stimmenanteil von 45 (SPD 36) vH immerhin noch 63 vH aller Direktmandate gewonnen, bei der bayerischen Landtagswahl im November 1962 sogar 72 vH (bei 47 vH der Stimmen). Der systematische Zuwachs an Stimmen in den vorwiegend katholischen CDU-Hochburgen würde der SPD nichts nützen, denn die Tatsache, daß sie auf den Abfallhaufen kämen, würde wahrscheinlich schon bald die Aufwärtsentwicklung psychologisch abbremsen.

Entscheidend aber scheint mir zu sein, daß die Bevölkerung bei den Wahlen klar ihren Willen erkennen läßt, unter mehr als zwei

Parteien wählen zu dürfen. Ganz eindeutig zeigt das auch das Ergebnis einer Meinungsbefragung vom Februar 1963. Danach sind nur 30 vH der Bevölkerung für ein Zweiparteiensystem, hingegen fast doppelt soviel (58 vH) für drei und mehr Parteien. Man sollte diesen Volkswillen um so mehr respektieren, als die Bundesbürger durch ihre Stimmabgabe in den letzten Jahren in steigendem Maße bewiesen haben, daß sie nicht aufsplitterungswütig, wohl aber für einen gesunden Mittelweg zwischen beiden Extremen sind.

Innere Schwierigkeiten der FDP

Dabei ist die Position der dritten Partei, der FDP, keineswegs gefestigt. Ihr Aufholen bei mancher Landtagswahl und auch ihre politischen Erfolge bei den letzten Regierungsbildungen in den Ländern können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie ihre Gewinne von den Bundestagswahlen weitgehend wieder eingebüßt hat und der Bundestagswahl 1965 mit Sorge entgegensehen muß. Auch zeigen die neuesten Meinungsbefragungsergebnisse ein Abfallen der Popularitätskurve der FDP auf 6 vH. So nimmt es denn nicht wunder, daß auf dem 14. ordentlichen Bundesparteitag in München unter Absage an *Reinhold Maiers* Parole „Klein aber fein“ die Zauberformel „Volkspartei“ nach dem Beispiel der Erfolgreicheren übernommen wurde. Mit anderen Worten: man möchte auch die Massen der Arbeiter gewinnen und das Odium einer reinen Unternehmerpartei los werden. *Wolf gang Mischnicks* bei dieser Gelegenheit vorgetragener Volksrentenplan kommt dem sozialen Sicherheitsbedürfnis des modernen Menschen in einer Mischung von staatlicher und privater, selbstverantwortlicher Vorsorge entgegen. Jedenfalls läßt sich darüber eher diskutieren als über *Walter Scheels* auf dem gleichen Parteitag zum Ausdruck gebrachte Annäherung an de Gaulles Gedankengänge über eine europäische Atommacht. Nur zeigten die vier oder fünf bei der Diskussion über den Mischnick-Plan vorgebrachten grundsätzlichen verschiedenen Auffassungen, wie schwer es sein wird, aus den Ideen Mischnicks einen von der ganzen Partei akzeptierbaren und für sie verbindlichen Plan zu machen.

Ernst für die FDP ist auch die Führungskrise, die auf dem Parteitag offen ausbrach. Parteivorsitzender *Mende*, der verbindliche Taktiker, verlor die Nerven und kanzelte die ihn kritisierenden Jungdemokraten in einer Weise ab, die den Unwillen der Parteitagsdelegierten und bei vielen den Wunsch erregte, sich im nächsten Jahr nach einer neuen Parteiführung umzusehen. Die Frage ist nur, wer der neue Vorsitzende sein könnte. Wäre *Wolfgang Döring* noch am Leben, wäre das keine Frage; weit und breit ist keine Persönlichkeit ähnlichen Formates zu erblicken. Man

spricht von Bundesminister *Walter Scheel* und dem nordrheinwestfälischen Inneminister *Willi Weyer*, der, als Nachfolger von *Döring*, auf den Posten des 2. Vorsitzenden nachgewählt worden ist. Herr Mende hofft man den Verzicht auf den Parteivorsitz schmackhaft machen zu können, wenn er im Herbst beim Kanzlerwechsel als Minister ins Kabinett eintritt. Er selbst möchte freilich Staats- und Parteiamt in einer Hand behalten.

SPD.-CDU/CSU = 36:31

Für die Regierungsbildung nach Neuwahlen hat Mende die Faustregel ausgegeben, die FDP werde mit derjenigen der beiden großen Parteien koalieren, die als stärkste aus der Wahl hervorgegangen ist. Welche Partei das 1965 sein wird, steht noch in den Sternen. Hatte in den beiden ersten Monaten des Jahres die SPD die CDU in der Publikumsgunst überholt — 32 gegen 30 vH — so verstärkte sich dieser Trend bei den Befragungsergebnissen von April/Mai auf 36 zu 31. Sicher konnte sich hierbei die Benennung Erhards zum Kanzlerkandidaten noch nicht auswirken. Alle Bundesländer mit Ausnahme Bayerns zeigten ein Überwiegen der Bevölkerungssympathien für die Sozialdemokraten. Aber auch in Bayern brachten Volkswahlen für die Besetzung von Überbürgermeister-, Bürgermeister- und Landratsposten den Sozialdemokraten erstaunliche Erfolge bis in den Bayerischen Wald hinein, der CSU hingegen empfindliche Verluste. Hier hat die SPD angesehene neue Kandidaten präsentiert, die den Vertretern der alten CSU-Gemeindeklüngel den Rang ablaufen.

Die CDU und ihr Strauß

Einiges über die Ursachen des Rückganges der Popularität der Unionsparteien konnte man in der Diskussion um die Wiederwahl des früheren Verteidigungsministers *Strauß* zum Landesvorsitzenden der CSU hören. „Wir sind heute soweit, daß vielen gläubigen Christen die SPD integerer erscheint als unsere Partei, und daran ist der Franz Josef schuld“, konnte man aus berufenem Munde hören. Der Baron *von Tind zu Guttenberg* und seine oberfränkischen Freunde waren nach der *Spiegel*-Affäre und der Entlarvung der Unwahrheiten des Ministers im Bundestag gegen *Strauß* zu Felde gezogen. Kein Geringerer als der Münchener Kardinal *Döpfner* hatte *Strauß* nahelegen lassen und ihn dann in zwei Audienzen zu überreden versucht, sich für einige Jahre ins Privatleben zurückzuziehen. Schließlich hatte kurz vor dem Parteitag der Leiter der bayerischen Katholischen Aktion, Prof. Dr. *Kuen*, die CSU von einer Wiederwahl des umstrittenen *Strauß* zum Parteivorsitzenden abzuhalten versucht. Alles ver-

geblich. *Strauß* in seiner Hartnäckigkeit war allen gutgemeinten Ratschlägen gegenüber unzugänglich, ja, er benutzte die kirchliche Intervention noch dazu, sich als einen Liberalen herauszustellen, der von den „Roten“ gleichermaßen wie von den „Schwarzen“, den Klerikalen, gehaßt und verfolgt werde.

Strauß' Gegner in der CSU haben sich nicht einigen können. Keiner der „Großkopften“ hatte den Mut, die Dinge, die er Journalisten hinter vorgehaltener Hand zuflüsterte und die *Strauß* für die Parteiführung disqualifizierten, offen zu sagen. So konnte der Exminister seine Kritiker vor der Delegiertenversammlung auch noch als eine „anonyme Organisation ehrgeiziger Querulanten“ verspotten. Daß seine Lügen gegenüber dem Bundestag als Kavaliersdelikte für Partei und Vaterland entschuldigt, seine ungesetzlichen Eigenmächtigkeiten als Beweise einer „starken Persönlichkeit“ glorifiziert wurden, das mag man noch als Relikt der Obrigkeitgläubigkeit erklären. Gänzlich unverständlich aber bleibt, daß zwei Wochen vor *Strauß'* Wiederwahl zum CSU-Vorsitzenden der *Spiegel* dem Exminister vorwerfen konnte, er habe „während seiner Ministerzeit Geld angenommen, das ihm nicht gehörte“, er habe „das gute Geld des deutschen Volkes in die Tasche gesteckt“, er habe „noch nie gegen eine Zeitung, die seine finanzielle Lauterkeit in Zweifel gezogen hatte“, Strafantrag gestellt, — daß der *Spiegel* dies in über 500 000 Exemplaren verbreiten konnte, ohne daß darüber landauf, landab Empörung ausgebrochen wäre und ohne daß *Strauß* Strafantrag gestellt, einstweilige Verfügung beantragt, Unterlassungs- und Widerrufsklage erhoben hätte. Niemand kann im Ernst glauben, daß *Rudolf Augstein*, der dank Herrn *Strauß* die Unannehmlichkeiten bundesdeutscher Gefängnisse mehr als 100 Tage lang zu kosten bekommen hat, verrückt geworden ist und solche ungeheuerlichen Behauptungen aufstellt, ohne noch etwas in der Hinterhand zu haben. Wer dergleichen Vorwürfe auch nur zwei Tage lang hinnimmt, ohne darauf zu reagieren, der läßt entweder erkennen, daß etwas Wahres daran ist, oder er steht unter einem solchen Druck, daß er nicht antworten kann, ohne sich anderen schweren Gefahren auszusetzen. In beiden Fällen taugt er nicht zum Führer einer Partei, die die politische Willensbildung in der Bundesrepublik wesentlich mitbestimmt, sondern ist ein „security risk“, ein Sicherheitsrisiko, im Innern wie nach außen.

Strauß' Taktik und Methoden

Strauß, den viele für so überragend intelligent halten, versteht zweifellos eines: die Menschen bei ihren Schwächen zu packen und sie wie Marionetten zu manipulieren. Die

Strauß-Debatte in der Delegiertenversammlung der CSU vom 6./7. Juli 1963 mit dem Niederschreien der wenigen Tapferen, die Strauß Widerpart leisteten, mit der Kapitulation derer, die wider besseres Wissen nachgaben, und der dumpfen Bierkellermentalität der Mehrzahl gehört zu den traurigsten und abstoßendsten Ereignissen seit 1945.

Zuvor freilich hatte Strauß fleißige Arbeit geleistet. Er hatte das Land bereist, vor zahlreichen Ortsvereinen gesprochen, seine jungen Widersacher im RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) niedergedonnert und von willfähigen Gehilfen hinauswerfen lassen. Er hatte auch, wie übrigens schon nach der *Spiegel-Affäre*, als es um sein Ausscheiden als Minister ging, wieder drohende Bemerkungen an die Adresse *Adenauers* zu machen. Alles zusammen hat geholfen, wenn die hohe Stimmenzahl für ihn auch nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß in der CSU nach wie vor stärkste Strauß-Spannung herrscht. Der Bundestagsabgeordnete *Freiherr zu Guttenberg* hat in einem mutigen Diskussionsbeitrag die Delegierten beschworen, die Partei nicht mit dem Schicksal eines Vorsitzenden zu identifizieren, der im Mittelpunkt schwebender Affären und Prozesse stehe und sie in seinen Strudel mit hineinziehen könne. Sie haben nicht auf ihn gehört; die CSU wird Straußens Schicksal mittragen müssen. Denn es kann heute schon keinen Zweifel daran geben, daß die *Spiegel-Affäre* zusammen mit zahllosen anderen Affären sich zu einem Strauß-Skandal ausweiten wird, welcher ein „Fall Catilina“ und ein „Fall Dreyfus“ zugleich werden wird. Die Erledigung des Falles Strauß wird wie die des Falles Dreyfus jahrelang dauern — wenn Strauß nicht vorher an die Macht gelangt und uns alle ins Verderben stürzt.

Angesichts einer solchen Situation glaubt Mende den Standpunkt vertreten zu können, bei der Beurteilung der Frage, ob Strauß als reuiger Sünder in ein Bundeskabinett zurückkehren könne, interessiere ihn und die FDP nicht die Moral. Diese von der Mehrheit der FDP-Parteitagdelegierten abgelehnte Meinung Mendes erscheint in einem besonderen Licht angesichts der sozialdemokratischen Behauptung, Vizekanzler *Erhard*, *Strauß* und *Mende* hätten eine Art Dreierbündnis über die Politik nach dem Kanzlerwechsel abgeschlossen. Ein FDP-Sprecher hat das zwar als eine „glatte Lüge“ bezeichnet. Die CDU freilich hat sich viel weniger apodiktisch ausgedrückt, sondern nur von einem durchsichtigen parteitaktischen Versuch, die Koalitionsparteien gegeneinander auszuspielen, gesprochen und im übrigen erklärt, es bedürfe in der Sache keiner Entgegnung. Der SPD-Pressedienst hat hinzugefügt, schon der Gedanke einer Neuverwendung von Strauß im Bonner Regierungsrahmen wäre ein nationaler Skandal. Schließlich

schreibt ein im allgemeinen recht gut informierter Münchener Informationschenst, in Bonn sei man sich darüber im klaren, daß man es bei der CSU unter einem „von keiner Kabinettschizipin gehemmten Strauß“ künftig mit einem schwer umgänglichen Partner zu tun haben werde. Andererseits sei man überzeugt, daß in die CSU trotz des Straußschen Wahlsieges weder Einheit noch Geschlossenheit zurückkehren werde.

Staatsbewußtsein und „Planierraupe“

Brentano beklagte auf einer Tagung der Sozialausschüsse der CDU, die geistige und politische Entwicklung in der Bundesrepublik habe nicht mit der wirtschaftlichen Schritt gehalten. *Brentano* hat freilich dabei nicht an die Strauß-Affäre und das noch zu gering entwickelte Selbstbewußtsein des Staatsbürgers als vielmehr an ein Staatsbewußtsein gedacht, das in der Vorstellung mancher unserer Politiker darin besteht, die Ruhe als erste Bürgerpflicht im Obrigkeitsstaat mit den formalen Regeln der Demokratie auf einen Generalnenner zu bringen. In eine solche Konzeption paßt ganz besonders gut die Figur der Planierraupe, wie Strauß sich in München schmunzelnd titulieren ließ.

„Staatsbewußtsein“ wird freilich in jenen nun schon zur jährlichen Übung gewordenen Reisen prominenter Politiker zu den Tagungen des Europäischen Dokumentationszentrums in Madrid unter dem Ehrenvorsitz *Ottos von Habsburg* gepflegt, an der im Juni außer Bundestagsvizepräsident *Dr. Jaeger*, dem früheren Bundesminister *von Merkatz*, dem CSU-Generalsekretär *Dr. Zimmermann* und dem bayerischen Staatsminister *Dr. Heubel* zum ersten Male auch *Franz Josef Strauß*, offenbar auf der Suche nach neuen Freunden, teilnahm.

„Staatsbewußtsein“ war wohl auch das Motiv, das die CDU-Mitglieder des Verwaltungsrates des Norddeutschen Rundfunks veranlaßte, eine Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages des Panorama-Redakteurs *Gen von Paczensky* durch die Drohung mit dem Auszug unmöglich zu machen. Weder die Tatsache, daß *Paczensky* sofort wieder eine gut bezahlte Stellung bei einer Hamburger Illustrierten bekommen hat, noch der Umstand, daß die Panorama-Sendung als solche aufrechterhalten wird, kann darüber hinwegtäuschen, daß dieser eigenwillige Zeitkritiker ausgeschaltet und damit der Pressefreiheit im Deutschen Fernsehen ein schwerer Schlag versetzt worden ist. Dieser Sieg der deutschen Reaktion hat denn auch die bei uns Gastrecht genießende ausländische nicht ruhen lassen: Exilkroaten überfielen *Paczensky* auf der Straße, rammten sein Auto und warfen ihn mit faulen Eiern, um ihn für Bemerkungen „zu bestrafen“, die er im

Fernsehen über die Tätigkeit der Exilkroaten gemacht hatte. Kurz zuvor war der Chefreporter des Deutschen Fernsehens, *Neven du Mont*, auf dem Heimattreffen der Schlesier in Köln wegen seiner Breslau-Sendung angerempelt, mit üblen Zurufen beleidigt und vor Schlimmerem nur durch das schnelle Eingreifen der Polizei bewahrt worden.

Bei dieser Gelegenheit muß auch der wieder aufgeflammten Aktivität des langjährigen BHE- und späteren CDU-Ministers Prof. *Oberländer* gedacht werden, der vor einigen Jahren sein Ministeramt wegen der Vorwürfe aufgeben mußte, die seine politische Vergangenheit betrafen. Der Hamburger Landesvorsitzende der CDU, *Erik Blumenfeld*, der in der NS-Zeit ins Konzentrationslager geworfen worden war, hatte vor längerer Zeit in einem Schreiben an den Bundeskanzler gegen eine Rehabilitierung *Überländers* und gegen seine Wiederverwendung in der Vertriebenenarbeit der CDU protestiert. Wie erst kürzlich bekannt wurde, hat *Überländer* darauf gegen *Blumenfeld* die Einleitung eines Verfahrens wegen parteischädigenden Verhaltens beantragt. *Blumenfeld* hat dieses Vorgehen *Überländers* als die Methode eines unverbesserlichen alten Marschierers bezeichnet und bei der entsprechenden Parteiinstanz beantragt, den Antrag *Überländers* als unzulässig zurückzuweisen. Dabei wurde bekannt, daß *Überländer* auch gegen den Hamburger Verleger *Bucerius* wegen eines in dessen Wochenzeitung *Die Zeit* erschienenen Artikels ein ähnliches Verfahren beantragt hatte, das später durch das —• durch andere Umstände bedingte — Ausscheiden von *Bucerius* aus der CDU gegenstandslos wurde.

Erfreuliche Zeichen

Zum Glück sind diesen unerfreulichen Erscheinungen gelegentlich auch erfreuliche gegenüberzustellen. Eine davon ist eine Entscheidung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofes auf eine Beschwerde des Generalbundesanwalts, welcher der Verteidigung des *Spiegel-Redakteurs Ahlers* und des Bundeswehrobersten *Martin* das Recht verwehrte, Einsicht in Vernehmungprotokolle und andere als geheim bezeichnete Dokumente des gegen die beiden schwebenden Landesverratsverfahrens zu nehmen. Der 3. Strafsenat hat demgegenüber eindeutig entschieden, daß das Recht auf Verteidigung den Vorrang vor dem Geheimnisschutz habe und daß die Angeklagten durch ihre Anwälte die Dokumente einsehen dürfen. Damit scheint sich, unter einem neuen Vorsitzenden, auch grundsätzlich eine Änderung der Einstellung des 3. Strafsenats anzubahnen, dessen Rechtsprechung unter den vorausgegangenen Präsidenten *Geier* und *Jagusch* oft Anlaß zu ernststen rechtsstaatlichen Bedenken gegeben hatte.

Anerkennung verdienen auch neue gesetzgeberische Bemühungen, die den Journalisten ein pflichtbewußtes Arbeiten leichter und die Pressefreiheit wirksamer machen wollen. Hier ist vor allem der Entwurf eines Landespressgesetzes zu nennen, den vor kurzem der schleswig-holsteinische Landtag in erster Lesung behandelt hat. Darin ist nicht nur eine Informationspflicht der Behörden gegenüber den Journalisten, sondern auch ein fast vollständiges Zeugnisverweigerungsrecht aller an der Herstellung von Presseerzeugnissen beteiligten Personen zum Schutz des Redaktionsgeheimnisses vorgesehen. Auch soll eine Entschädigungspflicht des Staates nach ungerechtfertigter Beschlagnahme das Damoklesschwert der wirtschaftlichen Existenzbedrohung von der Presse wegnehmen, das so oft über der Ausübung der Pressefreiheit schwebt. Es muß hervorgehoben werden, daß es in der Beurteilung dieser Fragen in Schleswig-Holstein kaum Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Opposition gibt.

Es gibt also auch erfreuliche Zeichen auf dem Wege der Demokratisierung zu vermelden. Offenbar sind die Pressegesetzentwürfe in Kiel, denen bald wohl weitere in Hannover und Hamburg folgen werden, Konsequenzen der Aktion gegen den *Spiegel*, wenn auch von Herrn *Strauß* sicher nicht gewollt.

Dr. Hans Henrich